

Kooperation Ostermundigen Bern
(per Mail: vernehmlassung@ostermundigen-bern.ch)

Bern, 15. Dezember 2022

Vernehmlassung zum Fusionsprojekt „Kooperation Ostermundigen – Bern (KOBe)“

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 21. Oktober 2022 haben Sie die öffentliche Vernehmlassung zum Projekt «Kooperation Ostermundigen – Bern (KOBe)» aufgelegt. Gerne nutzen wir die Gelegenheit, Ihnen im Rahmen der Vernehmlassung fristgemäss folgende Stellungnahme zu unterbreiten:

Der Verband der Arbeitgeber Region Bern (VAB) vereint rund 250 Unternehmen in der Stadt und Region Bern. Das Verbandsgebiet umfasst die Stadt Bern und Ostermundigen. Wir äussern uns im Folgenden zu denjenigen Fragen, welche die Interessen unserer Mitgliedfirmen direkt betreffen.

Der VAB ist im Grundsatz Gemeindefusionen gegenüber offen. Er geht davon aus, dass Gemeinden durch Fusionen Vorteile erzielen, insbesondere durch

- Vereinfachung der Strukturen
- Optimierung der Effizienz von Abläufen
- Nutzung von Synergien
- Finanzielle Einsparungen.

Für den VAB als Arbeitgeberverband sind die folgenden Politikbereiche von besonderer Bedeutung:

- Bildung
- Raumplanung und Bau
- Infrastruktur und Verkehr
- Administration, Verwaltung
- Finanzen und Gebühren

Im Rahmen der Vernehmlassung haben wir das Fusionspaket sorgfältig geprüft. Wir müssen mit Bedauern feststellen, dass in keinem der für uns wesentlichen Politikbereiche mit der geplanten Fusion erkennbare Fortschritte erzielt würden, im Gegenteil. Entgegen unserer grundsätzlich positiven Grundhaltung zu Gemeindefusionen können wir das Fusionsprojekt in der vorliegenden Form bedauerlicherweise nicht unterstützen.

Gerne nehmen wir zu Ihren drei Fragen wie folgt Stellung:

1. Die vorliegenden Fusionsdokumente und der Erläuterungsbericht geben die Verhandlungsergebnisse aus den drei Teilprojekten Politische Strukturen, Aufgabenerfüllung und Personal wieder. Der Bericht zum Teilprojekt Finanzen beleuchtet die finanziellen Aspekte einer möglichen Fusion. Sind aus Ihrer Sicht sämtlichen relevanten Aspekte in den Unterlagen abgehandelt oder fehlen wichtige Punkte?

Die Fusionsvorlage wird sehr nüchtern, ja geradezu emotionslos präsentiert. Anstatt die Vision einer fusionierten Grossgemeinde und deren Vorteile hervorzuheben, wird der Fusionsprozess technokratisch dargestellt.

Im Erläuterungsbericht wird ausdrücklich festgehalten, dass auf Überlegungen zum Reformnutzen verzichtet werden, verbunden mit dem Hinweis, das sei Sache der politischen Diskussion. Man fragt sich unweigerlich, wieso fusioniert werden soll, wenn die Gemeinderäte von Bern und Ostermundigen in den Vernehmlassungsunterlagen den Reformnutzen nicht ausweisen. So geht aus den Unterlagen nicht schlüssig hervor, welche Ziele die Fusion anstrebt, welche Vor- und Nachteile eine Fusion mit sich bringt, und ob es Alternativen (z.B. eine vertiefte Zusammenarbeit der beiden Gemeinden, Zusammenlegung von Diensten) zur Fusion gibt.

Es fällt auch auf, dass sich der Erläuterungsbericht vorab mit Situation und Anpassungsbedarf in der Gemeinde Ostermundigen befasst. Die Fusionsvorlage spricht zwar von einer Kombinationsfusion, also einer Verschmelzung der beiden Gemeinwesen zu einer neuen Gemeinde. Faktisch kommt das Projekt aber wie eine Absorptionsfusion daher, also eine Eingemeindung. Trotz des Grössenunterschieds der beteiligten Gemeinden ist eine Fusion auf Dauer nur dann erfolgreich, wenn sie partnerschaftlich geplant und umgesetzt wird. Ein Negativbeispiel liefert die Eingemeindung von Bümpliz vor über 100 Jahren.

Die Fusionsvorlage zeigt nicht auf, inwiefern die Fusion in den eingangs erwähnten fünf Politikbereichen Mehrwert für die Bevölkerung und die Wirtschaft schaffen könnte. Solche Mehrwerte werden im besten Fall für später erhofft. Die Wirtschaft findet im Erläuterungsbericht gar nicht erst Erwähnung, dabei wären die erweiterten Möglichkeiten im Bereich der Raumplanung (für die An- oder Umsiedlung von Gewerbebetrieben) ein erheblicher Vorteil.

Wir empfehlen Ihnen, für die weitere politische Diskussion zu folgenden wesentlichen Punkten Stellung zu beziehen:

- Die Vision der Fusion
- Der Mehrwert der Fusion für Bevölkerung und Wirtschaft
- Was Bern von Ostermundigen kurz-, mittel- und langfristig profitieren kann/will und umgekehrt
- Zur Wirtschaft und deren Bedürfnissen
- Wie die Fusion umgesetzt werden soll (post merger integration).

2. Befürworten Sie zum heutigen Zeitpunkt eine Fusion zwischen der Stadt Bern und der Einwohnergemeinde Ostermundigen? Welches sind die Gründe für Ihre Haltung dazu?

Entgegen unserer grundsätzlich positiven Grundhaltung zu Gemeindefusionen können wir das Fusionsprojekt in der vorliegenden Form nicht unterstützen, und zwar aus folgenden Gründen nicht:

- Kein «Gross-Bern»

Dem ursprünglichen Fusionsprojekt der Agglomerationsgemeinden und der Stadt Bern zu einem «Gross-Bern» standen und stehen wir positiv gegenüber, weil wir darin zahlreiche Vorteile für die Entwicklung der Stadtregion Bern als Motor des Kantons Bern in Wirtschaft, Bildung, Kultur etc. erkennen und begrüßen. Sehr zu unserem Bedauern ist dieses ursprüngliche Projekt nicht zustande gekommen und der Kanton Bern in seiner dringend notwendigen Entwicklung für Jahrzehnte ausgebremst worden. Die Gründe für diese negative Entwicklung sind mannigfaltig. Aufgrund der historischen Dimension des Projekts und der schon vor 10 Jahren gewonnenen Erkenntnis, dass mit klassischen Fusionen gemäss Gemeindegesetz die Entwicklung nicht wie nötig vorangetrieben werden kann, haben wir seit 2012 das Projekt «40 Gemeinden sind genug» propagiert. Dabei geht es darum, dass der Kanton Bern seine Verfassung dahingehend ändern sollte, dass der Kanton künftig aus 40 Gemeinden (statt der aktuell 338 Gemeinden) bestehen soll (entlang der Grenzen der alten Vogteien bzw. Regierungsstatthalterämter), diese aber mit erheblich erweiterten Kompetenzen und Finanzen ausgestattet werden als heute. Das würde den Gemeinden ein ganz neuer Stellenwert und viel mehr Handlungsspielraum als heute geben.

- Kein zusätzliches politisches Gewicht für Bern

Das nun vorliegende Fusionsprojekt ist im Vergleich zur ursprünglichen Planung ein Rumpfprojekt. Das angestrebte zusätzliche politische Gewicht einer Grossgemeinde Bern kann damit nicht erreicht werden. Verblieben ist die Fusion der Stadt mit der wirtschaftlich und sozial schwächsten Vorortsgemeinde, deren EinwohnerInnen aus der Fusion kurzfristig materielle Vorteile gewinnen könnten (tieferer Steuersatz, bessere Leistungen der Gemeindeangestellten, etc.). Für die Stadt Bern ist nicht ersichtlich, was der Vorteil der Fusion sein könnte.

- Kein erkennbarer Mehrwert in den für den VAB zentralen Politikbereichen

In den oben erwähnten fünf für den VAB zentralen Politikbereichen ist kein Mehrwert für die Mehrheit der Bevölkerung und die Wirtschaft der fusionierten Gemeinde erkennbar. Der Reformnutzen ist nicht ausgewiesen. Unverständlich bleibt, wieso nicht offenkundige Vorteile einer Fusion genutzt werden (z.B. der erweiterte Handlungsspielraum in der Raumplanung, mit dem Industrie- und Gewerbebezonen besser alloziert werden könnten, oder die Effizienzsteigerung in der Verwaltung durch das Zusammenlegen von Verwaltungseinheiten).

- Zusätzliche finanzielle Belastung und drohende Steuererhöhung

Die finanziellen Auswirkungen der geplanten Fusion sind negativ. Im Erläuterungsbericht wird auf die Fusionskosten und die zusätzlichen finanziellen Belastungen verwiesen. Die einseitige Besserstellung der EinwohnerInnen von Ostermundigen durch Reduktion ihres Gemeindesteuersatzes einerseits und die Personal- und PK-Kosten andererseits führt dazu, dass die EinwohnerInnen der Stadt Bern dafür aufkommen müssen. Diese zusätzlichen Belastungen können dem Gemeinderat Anlass dazu geben, die Steuern nach erfolgter Fusion zu erhöhen und noch zusätzliche Gebühren zu erheben. Gegen beides spricht sich der VAB mit Vehemenz aus.

- Verpasste Chance, Bern neu zu denken

Eine Fusion bietet die Chance, eine Gemeinde neu zu denken, Synergien zu nutzen und wichtige Themen anzugehen (vom Leistungsangebot über die Raumplanung bis zur Verwaltungsorganisation). Offenbar sollen diese Diskussionen statt partnerschaftlich während der Fusionsphase geführt auf die Zeit nach der Fusion verschoben werden. Damit ist erfahrungsgemäss nicht mit strukturellen Anpassungen und folglich nicht mit Fusionsgewinnen zu rechnen, sondern mit dem weiteren Ausbau der Verwaltung und Zusatzkosten.

- Der Weg des geringsten Widerstands

Die Vorlage ist gezeichnet von einem Übermass an Pragmatismus, dem Weg des geringsten Widerstands. So werden die Steuern für die Ostermundiger gesenkt und die Löhne und Pensionskassenleistungen ihrer Angestellten angehoben. Die Mehrkosten dafür werden in Kauf genommen, so dass die Fusion ohne finanziellen Nutzen sein wird, im Gegenteil. Damit wurde eine Chance verpasst.

3. Haben Sie Bemerkungen oder Fragen zur Fusion resp. zu den vorliegenden Unterlagen?

Nach dem das Fusionsprojekt anfänglich in Wirtschaft und Politik vorsichtig positiv begleitet wurde, droht ihm zunehmend Widerstand zu erwachsen. Dieser Widerstand kann nur beseitigt werden, wenn die Gemeinderäte von Bern und Ostermundigen sich im Projekt stärker engagieren, das Projekt vor der Fusion optimieren und der Bevölkerung nachvollziehbar die Vorteile einer fusionierten Gemeinde darlegen können. Sonst droht das Fusionsprojekt an der Urne zu scheitern.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Bei Bedarf stehen wir Ihnen für ein weiterführendes Gespräch jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Verband der Arbeitgeber Region Bern (VAB)

Dr. h.c. Uwe E. Jocham
Präsident

Dr. Christoph Zimmerli
Geschäftsführer